

Gewalt in der bürgerlichen Gesellschaft

Gewalt - Das ist ein Thema! Überall begegnet man ihr und allerorts wird sie kritisiert. Seien es die gewalttätigen Jugendlichen auf dem Schulhausgelände, die Polizei, die gewaltsam gegen DemonstrantInnen vorgeht oder in umfassenden Gewaltpräventions-Programme von PädagogInnen.

Wie üblich in einer demokratischen Gesellschaft hat auch jedes ihrer Mitglieder eine Meinung zur Gewalt. Die einen sehen es ein bisschen liberaler, die andern ein bisschen konservativer. Bei all den unterschiedlichen Meinungen zur Gewalt ist jedoch eines klar: Die grösste Gewalt - *das* Gewaltmonopol in der bürgerlichen Gesellschaft liegt beim Staat. Obschon überall so getan wird, als wäre die Staatsgewalt keine Gewalt, braucht es eigentlich keine grossartige Geistesleistung um festzustellen wie das Gewaltmonopol funktioniert:

Durch die Verfassung und die daraus abgeleiteten Gesetze unterwirft der Staat alle Mitglieder seines nationalen Kollektivs gleichermassen dem Recht. Der bürgerliche Staat verleiht so seiner Herrschaft eine Form und handelt selbst nach dem Recht (Rechtsstaat). Bei der Verfolgung ihrer unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Interessen haben sich alle BürgerInnen an die Vorgaben der Gesetze zu halten. Jeder tut (oder lässt) mit den Voraussetzungen und Mittel, die ihm gegeben sind, was er kann.

Mit der Rechtssetzung aller möglichen Verhältnisse und Handlungen in der bürgerlichen Gesellschaft entstehen Interessens*gegensätze*, die es ohne den Staat erst gar nicht gäbe - LohnarbeiterIn gegen EigentümerIn, MieterIn gegen VermieterIn, GläubigerIn gegen SchuldnerIn, usw. Mit dem Gewaltmonopol verleiht der bürgerliche Staat dem Recht seine praktische Geltung: Damit diese von ihm geschaffenen Gegensätze in der Gesellschaft nicht mit Gewalt ausgetragen werden, waltet der bürgerliche Staat darüber – eben mit dem Gewaltmonopol und lässt die Demokratie so als friedliche Idylle erscheinen. Soll also nur die 'unrechtmässige Gewalt' Gewalt sein?

Nein – Recht heisst immer auch Gewalt: Das Gewaltmonopol beginnt nämlich nicht erst da, wo die Polizei oder das Militär zum Einsatz kommen. Allein die Geltung der Gesetze, deren sich die BürgerInnen sehr im Klaren sind, zeigt die Macht der Staatsgewalt. Die Gewalt beginnt z.B. nicht da, wo die Miete nicht bezahlt wird, sondern schon da, wo sie bezahlt werden muss. Dabei setzt der bürgerliche Staat bei seinen BürgerInnen voraus, dass sie wissen, was erlaubt und was nicht erlaubt ist und so ihre Gegensätze mit *seiner* Gewalt austragen.

Polizei und Justiz kommen erst zum Einsatz, wenn sich Mitglieder der Gesellschaft nicht an die gesetzliche Ordnung halten – also gegen *sie* verstossen. So werden die „Taten“ dann auch betrachtet: Als Verstösse gegen das Gesetz. Der Staat sieht von den Gründen ab, welche die Menschen für ihre Handlungen haben und betrachtet die Taten als „Wille zum Rechtsbruch“. (Die Gründe werden bloss noch als „Motive“ für die Bemessung des Strafmasses herbeigezogen.)

Dieser angebliche „Wille zum Rechtsbruch“ wird dann auch mit der Strafe sanktioniert und das Recht wird wieder hergestellt. Es erstaunt nicht, dass mit diesem Vorgehen des Staates die *Gründe* für die Handlungen der Menschen nicht aus der Welt geschafft werden und meist weiterhin bestehen.

Durch die Legitimierung seiner Herrschaft mittels Zustimmung der BürgerInnen, gilt der bürgerliche Staat als *Souverän* der demokratischen Gesellschaft. Damit fährt er auch ganz gut, was an der verbreiteten Befürwortung der Leute zur Staatsgewalt und somit zur Nation bestens ersichtlich ist. Aber darauf lässt es der Staat nicht ankommen: Für den Fall, dass es mal hart auf hart kommen sollte und die Staatsgewalt ernsthaft in Gefahr käme, ist vorgesorgt – Notstandsgesetz heisst das Zauberwort. Der Staat kann sich im Notfall seinem eigenen Prinzip 'nach dem Recht zu handeln' entheben und nach Bedarf tun und lassen, was er als nötig erachtet. (Auch das Einberufen des Notstandsgesetzes ist noch ein rechtsstaatlicher Akt.) Selbst an die von DemokratInnen so geschätzten „Grundrechte“ muss sich der Staat nicht halten, wenn er es dann als nötig befände.

Die Kritik der Gewalt beschränkt sich in der bürgerlichen Gesellschaft auf die unerlaubte Gewalt und unterscheidet sich so von der legalen und akzeptierten Gewalt des Staates. Werden die herrschenden Gegensätze der Gesellschaft abgeschafft und das Leben nach den Bedürfnissen der Menschen eingerichtet, braucht es keinen Staat der mit seiner Gewalt über die Leute herrscht. Für weniger Gewalt in der Gesellschaft - zerschlagen wir den Staat!